

Dresdner Nachrichten

39. Jahrgang
ca. 56,000 Stück

Lobeck & Co.,
Hofflieferanten Seiner Majestät des Königs von Sachsen.
Chocoladen, Cacaos, Desserts.

Dresden, 1894



Dr. Ziegler's Magentropfen,

St. Gotthard, aromatischer Alpenkräuter-Magenbitter vom Apotheker A. Kreitzschmar in Chemnitz ist der beste und gesündeste Magenstärker der Welt. Derselbe macht Appetit, stärkt den Magen, die Verdauung u. heilt verstopft. Magen. St. Gotthard ist zu haben in allen Apotheken.

Anton Müller, Buchbindermeister
Lüttichaustr. 19 DRESDEN Lüttichaustr. 19
spezialisiert
Massen-Arbeiten.

Lodenjoppen v. 8 M., **Hohenzollern-Mäntel** v. 24 M., **Havelocks** v. 15 M. an
empfiehlt in grösster Auswahl **Jos. Fiechtl** aus **Tirol**, Schlossstrasse 23, neben dem Königlichen Schloss.

Nr. 47. Spiegel: Handelszeitung, Identitätsnachweis und Staatsanzeige, Nachrichten, Sonntagsverhandlungen, Dresdner Bahnhofsboten, Das "arme Sachsen". Reise auf Söland, Berichtsverhandlungen, Tagesgeschichte, Casino-Concert, Hof-Conservatorium. **Freitag, 16. Februar.**

Politisch.

Der deutsch-russische Handelsvertrag und die damit veranlaßten
Frage der Aufhebung oder Beibehaltung des Identitätsnachweises
und der preußischen Eisenbahnstafftarife für landwirtschaftliche
Produkte haben die Interessengegensätze der verschiedenen Produktions-
stände und Bevölkerungsschichten in einem Maße aufgewühlt, daß
die innerpolitische Situation gegenwärtig einem wahren Tohu-
wabosha gleicht. Alles schreit wüst durcheinander. Der Westen
unseres Vaterlandes will das Gegenteil von dem, was der Osten
für ersterbenswert erachtet. Bayern, Sachsen und andere Bundes-
staaten suchen andere Interessen geltend zu machen, als einzelne
Provinzen der preußischen Monarchie, denen wiederum andere
Provinzen gegenüberstehen. Selbst im Schoße der einzelnen
Parteien schwirrt es an entgegengesetzten Bestrebungen bunt durch-
einander. Intime Parteigenossen stehen sich gegenüber. Die
Einen wünschen die Annahme des Handelsvertrages, verwerfen
aber die Aufhebung des Identitätsnachweises. Die Anderen wollen
von dem Vertrage mit Russland nichts wissen, möchten aber gern
die Stafftarife befeitigt sehen. Weider Anderer begeistern sich für
den Abschluß des Handelsabkommen mit unserem Nachbar im
Osten, sträuben sich aber gegen die Befestigung der Stafftarife.
Eugen Richter beispielsweise jubelt über den Vertrag, gleichzeitig
aber opponirt er gegen die Aufhebung der Stafftarife, die er als
eine Maßnahme bezeichnet, welche wiederum darthue, daß die
Wirtschaftspolitik der zehigen Regierung ohne bestimmte Grund-
sätze aus der Hand in den Mund lebe. Die Aufhebung des Iden-
titätsnachweises bezeichnet er gleichzeitig als einen Sprung in's
Tunke, von dem er nicht weiß, ob er ihn miemachen soll oder nicht.
Schließlich giebt es auch solche Politiker, die zu Allent Ja, und
solche, die zu Allent Nein sagen. Bei diesem wilden Widerstreit
der Ansichten erlebt man es, daß man Agrarier und Freisinnige
bald arm in Arm gehen, bald sich mit einander herumschlagen sieht,
daß sich die Vertreter der Landwirtschaft unter einander und die
Westen und Süden fördern, ist seit ihrem Bestehen von der Land-
wirtschaft und Mülleriet nicht bloß in Süddeutschland, sondern
auch im preußischen Westen ohne Unterloß mit aller Energie ge-
fordert worden. Minister v. Graisheim hat in der bayerischen Ab-
schlußnebenkammer konstatiert, daß wederheit die Regierungen Bay-
erns, Württembergs und Badens in Berlin ihre Aufhebung gewünscht
haben; er hat viather einmal ziemlich bitter aus Anlaß gewünschter
internationaler Tarifabschlüsse erwähnt, wie solche wohl erreicht
werden könnten, wenn nicht einmal von Preußen ein Zugeständnis
betreffs der Stafftarife zu erzielen sei? Die bayerische Kammer
hat einstimmig einen die Abhöfung fordrenden Antrag angenom-
men. Mit derselben Einmütigkeit haben sich seit Langem und in
leidster Zeit mit verdoppelter Wucht die Interessentenkreise in Süd
und West gegen die Stafftarife ausgesprochen: eine große süd-
deutsche Versammlung in Mannheim, welche betreffs des Identitäts-
nachweises keinen Beißblitz erzielen konnte, forderte einhellig die
Abhöfung der Stafftarife, ebenso eine weitere Versammlung in
Frankfurt a. M. Aus Westfalen hat u. A. der kompetente und
einflußreiche Fth. v. Schorlemer-Alst seine Stimme gegen dieselben
erhoben. Die braunschweigischen und hannoverschen Räthen haben
dieser Tage ein Kartell zur Herabsetzung des örtlichen Getreide-
preises geschlossen, um die dortigen Landwirthe den Schaden der
Stafftarife ebenso empfindlich fühlen zu lassen, wie die Mühlens-
Industrie. Am Dienstag ist auch im sächsischen Landtage auf die
schwere Schädigung hingewiesen worden, die durch die preußischen
Stafftarife der sächsischen Landwirtschaft zugesetzt wird, und der
Minister des Innern v. Meissu hat mit großer Entschiedenheit
versprochen, bei Gelegenheit der Verhandlungen über den Handels-
vertragsabschluß mit allen zu Gebote stehenden Mitteln dafür ein-
treten, daß die Stafftarife auch seitens der preußischen Regier-
ung gegenüber der sächsischen Regierung und gegenüber den säch-
sischen Eisenbahnen aufgegeben werden.
Die Wiederherstellung des niedrigeren Antrages. — Direktor im
Reichsgerichtsrat Niehoborn befämpft den Antrag der Bündel-
kommunion. Er Antrag sei mit Nachdruck der landwirtschaftlichen
Vereine bestreitet werden, das sei im Interesse einer vorsichtigen Per-
sonalregulation abzutehen. Es liege kein Grund vor, war dieser Regel
abzugehen, unzweifelhaft, als sich in den letzten Jahren bei der ver-
meintlichen Einnahme Bündereinnahme ergeben habe. Das laufende
Jahr habe zwar ein Blas von 700,000 M., aber doch nur, weil
wie bei der Personalregulation besonders vorsichtig waren. Auf bloße
Hoffnungen hin sollte man den Erstantrag nicht erheben. — Abg.
Schmidt-Eberle bestreitet, daß die Erhöhung des Getreids
der einfachen Briefe den von der Postverwaltung in einer früheren
Sitzung behauptein Einmischungsfall zur Folge haben würde.—
Direktor Ende hält fest, daß der Anfall 5 Millionen betragen
würde. — Abg. Dr. Hammacher (net. lib.) spricht für den Antrag
Standu. Es müßten ganz ungewöhnliche Gründe vorliegen, um
ein Abweichen von den alten Grundlinien zu rechtfertigen. Für die
Einnahmeveranschlagung solle man der Regierung die Verantwortung
überlassen. Das Schwunggrad unseres geschäftlichen Lebens
ist in einer rückläufigen Bewegung. Abg. Richter Frei. Vollsp. —
Es handle sich hier nicht um Gegenstände der Vergangenheit, son-
dern um eine Zukunft. Das Haus habe das Recht, die Ein-
nahmen einzutreiben. Ob es nun möglich, den Staat immer nur
nach der Schablone zu veranlagten. Besonders sollen wir das
Jahr 1892/93 zur Grundlage der Berechnung annehmen, nachdem
dasselbe ein besonders ungünstiges war. Die Regierung habe ein
Interesse an der niedrigen Einnahmeveranschlagung, weil sie
höhere Zinsen wolle. Auf dem Handelstag Dinet habe ja der
Staatsdirektor selbst vor dem übertriebenen Besitzenthusiasmus gewarnt
und auf die wachsenden Posteinnahmen hingewiesen. Allerdings
wenn die Leitungen zur Nachfrage angenommen werden, kön-
nen die Einnahmen zurückgehen. Das zu vermeiden, haben wir
aber in der Hand. — Staatsdirektor v. Stephan: Wir haben gar
kein Interesse daran, den Staat möglichst niedrig anzusehen. Aber
seit meiner von Richter erwähnten Rede haben sich die Ereignisse
unzweifelhaft verändert. Im December v. J. war der Abschluß un-
serer Verwaltung nur innerhalb 2 Millionen niedriger als im
December 1892. Eine Erhöhung des Staa. wurde nur zu Ent-
täuschungen führen, umsonst, als die Post in ihrer Entwicklung
von dem Verlebt in anderen Ländern abhängig ist. Ich brauche

Bezüglich der Aushebung des Identitätsnachweises hat der Abg. v. Leibnizlager in unserer zweiten Sitzung betont, daß die Mehrheit seiner landwirtschaftlichen Berufsgenossen darum eine Schädigung für Sachen befürchte. Für die sächsischen Landwirte dürfte die Frage ähnlich liegen wie für die westdeutschen. Ein bekannter Parlamentarier und rheinischer Landwirt präzisiert seine Stellungnahme in der „Kölner Volkszeitung“ wie folgt: „Falls mit dem Handelsvertrag die Aufhebung des Identitätsnachweises erfolgen würde, so wird der Osten die vermehrte Ausfuhr russischen Getreides durch Ausfuhr der eigenen Produktion wett zu machen suchen. Diese Ausfuhr ist um so lohnender für den Osten, als die Rückentlastung des 3,50 Mark-Josles den Charakter einer Ausfuhr-Brämie annimmt. Sie steht Russland daher dem Osten zuführt, deswegen größere Massen wird der Osten abschieben müssen, um den Gewinn der Brämie zu geniessen. Es wird daher der Westen nicht nur mit dem russischen Getreide, sondern auch mit dem des Ostens zu konkurrieren haben. Diese Konkurrenz ist noch erheblich verschärft durch die zur Zeit bestehenden Staffelltarife, welche ebenfalls dem Osten die Fortsetzung seiner Produktion wesentlich erleichtern, ohne daß dem Westen irgend welches Äquivalent hierfür geboten wäre. Unter Berücksichtigung dieser beiden Gesichtspunkte trifft allerdings den russischen Handelsvertrag gerade für die Landwirtschaft des Westens eine

Die Rundgebungen zu Gunsten oder zu Ungunsten einer der drei wirtschaftspolitischen Fragen, die augenblicklich ausschließlich das politische Interesse in Anspruch nehmen, die Argumente, die bald für, bald wider eine dieser Fragen in's Gesicht geführt werden, wirken so kraus durcheinander, daß Demjenigen, der den schüchternen Versuch macht, das Fazit aus all den Gründen und Gegengründen zu ziehen, um zu einer rein sachlichen Stellungnahme

zu gelangen, schließlich zu Nuthe werden könnte, wie dem Schüler im Faust, der dem Mephistopheles bekannte: Wir wird von alle dem so dummen, als ging mit ein Mühlrad im Kopf herum. Als verschlifft muss es jedenfalls bezeichnet werden, daß der Identitätsnachweis und die Staffelltarife mit dem Handelsvertrage verneigt und dadurch die Entscheidung über denselben noch erschwert, statt, wie urprünglich beabsichtigt war, erleichtert worden ist. Die großen politischen und wirtschaftlichen Geschehnisse, aus denen der Vertrag mit Russland von seinen Gegnern und seinen Freunden hätte beurtheilt werden sollen, sind in den Hintergrund geheben worden, und der Nationalismus, der provinzielle Partikularismus und der natielle Interessen-Equivalenz führen das Wort. Das ist die Folge jenes schweren fälschlichen Fehlers, der die Aufhebung des Identitätsnachweises auf die Tagesordnung setzte, um den Konservativen der östlichen Provinzen eine goldene Brücke zur Verständigung mit dem russischen Handelsvertrage zu bauen. Denn auf der anderen Seite wurde dadurch die Schwierigkeit für das Zustandekommen des Vertrags erhöht und ebendrein noch eine Spannung zwischen Nord und Süd herbeigeführt, die nicht gerade im Interesse der nationalen Einigkeit und der inneren Festigkeit des Reiches liegt und die zu vermeiden besonders die heutige Reichsregierung allen Anstoß hätte. Besonders für die bayerische Landwirtschaft schlicht die Aufhebung des Identitätsnachweises eine ernste Gefahr ein. Die bayerische Regierung hat sich daher genöthigt gehalten, in Berlin auf die Nachhelle hinzuweisen, welche für die heimische Landwirtschaft durch die Aufhebung des Identitätsnachweises entstehen, wenn gleichzeitig die preußischen Staffelltarife fortzubauen. Die Aufhebung dieser im Herbst 1891 nur aus Anstoß der enorm hohen